

Montag, 29.01. 2007

GdP-Chef Konrad Freiberg im Gespräch mit dem "Kurier am Sonntag": Immense Gefahren durch wachsende Gewaltkriminalität

Im Interview mit dem in Bremen und Niedersachsen erscheinenden "Kurier am Sonntag" warnte der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg vor den Folgen der stetig wachsenden Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft. "Wir spüren in den Ballungsgebieten generell immer stärker die Integrationsprobleme dieser Gesellschaft. Vor allem durch Ghettobildungen in Teilen von Großstädten." Dies sei eine verherende Entwicklung und bedürfe einer großen gesellschaftlichen Anstrengung.

Hier das Interview im Original-Wortlaut:

Kurier am Sonntag: Um die Sicherheit in Deutschland sei es gut bestellt, hat Innenminister Wolfgang Schäuble im Sicherheitsbericht der Regierung festgestellt. Sie haben das massiv kritisiert. Warum?

Konrad Freiberg: Wenn man die Frage weltweit betrachtet, dann ist Deutschland in Sachen Sicherheit gut dran. Wir sind im Prinzip ein wohlhabendes Land und auch ein vergleichsweise gut geordnetes Land. In vielen Bereichen der Kriminalitätsbekämpfung haben wir auch erfreuliche Erfolge zu verzeichnen. Das gilt für Eigentumsdelikte wie Wohnungseinbrüche, Autodiebstähle. Das hängt zusammen mit besserer technischer Vorbeugung, Aufklärung der Bevölkerung und guter Ermittlungsarbeit der Polizei. Das ist die eine Seite. Verheimlichen aber darf man andererseits nicht, und das ist auch unsere Kritik an dem Sicherheitsbericht der Bundesregierung, vor welchen Gefahren wir im Bereich der inneren Sicherheit stehen. Wir haben eine völlige Verschiebung der Kriminalität hin zu Vermögensdelikten, wir registrieren jedes Jahr mehr Gewaltdelikte.

Was sind das für Vermögensdelikte?

Wir haben viel mehr Betrugsfälle etwa bei Warenkäufen im Internet oder mit EC-Karten. Wir haben aber auch im Bereich der Wirtschaftskriminalität ungeheure Dunkelfelder. Der Kriminalität der Großen, der Reichen, kommen wir kaum noch hinterher.

Wie sieht die Lage denn in dem Bereich aus, den die Menschen als Alltags-Kriminalität und damit als unmittelbare Bedrohung spüren oder fürchten?

Es gibt immense Gefahren durch die wachsende Gewaltkriminalität, also bei gefährlichen und schweren Körperverletzungen, vor allem durch Jugendliche. Da spüren wir seit Jahren diese Zunahme, die aus unserer Sicht ein deutliches Zeichen gesellschaftlicher Fehlentwicklungen ist. Insbesondere, wenn es sich um Jugendgewalt handelt. Das gilt auch für die steigende Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten. Und wir registrieren immer mehr Übergriffe gegen Polizisten. Auch das ist keine ganz neue Entwicklung, denn wir verzeichnen seit Jahren ein Ansteigen des so genannten Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. Das heißt, wenn Polizeibeamte irgendwo einschreiten wollen, erleben sie immer häufiger gewalttätige Gegenwehr.

Belästigungen, Anpöbeleien, tätliche Angriffe in U- oder S-Bahnen spiegeln sich in den Kriminalstatistiken aber nicht so recht wieder. Wie kommt das?

Das ist erklärlich. Es gibt viele Verhaltensweisen, die sehr störend, belästigend, auch strafbar sind, wo aber die betroffenen Menschen nicht zur Polizei gehen, keine Anzeige erstatten, weil sie der Auffassung sind, das lohne nicht, weil es aus ihrer Sicht hier kaum Chancen für eine

Strafverfolgung gibt. Das ist besonders die Gefühlslage älterer Menschen, die nicht glauben, dass die Polizei solchen Delikten auch wirklich nachgeht. So wie der Mensch sich fühlt, so ist für ihn auch die Sicherheitslage. Da kann man nicht mit Zahlen operieren und etwa einer alten Dame sagen, dass sie statistisch gesehen nur alle tausend Jahre einmal überfallen wird. Schon gar nicht, wenn sie etwa im öffentlichen Nahverkehr andere Erfahrungen macht.

Aus Berliner Problemkiezen häufen sich die Berichte über immer mehr brutale Übergriffe gegen Lehrer oder Polizeibeamte durch türkische und arabische Jugendliche. Ist das „nur“ ein Problem in der Hauptstadt oder beobachten Sie das auch anderswo?

Wir spüren in den Ballungsgebieten generell immer stärker die Integrationsprobleme dieser Gesellschaft. Vor allem durch Ghettobildungen in Teilen von Großstädten. Da haben besonders Jugendliche mit Migrationshintergrund schlechte Schulbildung, meist keinen Abschluss, keinen Arbeitsplatz. Die lungern dann auf den Straßen herum. Das ist eine ganz verheerende Entwicklung, die in Berlin besonders stark ausgeprägt ist. Hier gibt es Stadtviertel und Straßenzüge, in die einzelne Polizeibeamte nicht mehr ohne weiteres hinfahren und dort eingreifen können sondern warten müssen, bis Verstärkung eintrifft. Immer wieder treffen sie nämlich auf Jugendliche, von denen sie angegriffen werden. Das sind keine Ausnahmefälle mehr, das geschieht inzwischen massenweise, die Lage verschärft sich da von Tag zu Tag mehr.

Was tun gegen solche Exzesse?

Das ist natürlich eine Frage der Integrationspolitik, beginnend beim Erlernen der deutschen Sprache, der Schulbildung und dann der Berufsausbildung. Aber ich warne vor Illusionen oder Wortblasen, weil staatliche Handlungsmöglichkeiten begrenzt sind oder erst langfristig Wirkungen entfalten können. Auf Knopfdruck kann man die Probleme nicht erledigen. Zumal bei einigen ethnischen Gruppen sich Einstellungen gebildet und verfestigt haben, die sich durch eine Ablehnung des deutschen Staats auszeichnen. Die sagen dann, das hier ist unser Kiez, hier hat niemand sonst etwas zu suchen, auch die Polizei nicht. Wir stehen als Polizei da vor einer ungeheuren Gewaltbereitschaft.

Wie begegnet die Polizei der?

Wir haben in Berlin ein besonderes Problem. Es fehlen uns Polizeibeamte, die dort regelmäßig Streife gehen könnten, weil das Personal drastisch verringert worden ist. Wir fahren da meist nur noch hin, wenn etwas passiert ist. Polizeipräsenz ist natürlich wichtig, aber mit polizeilichen Mitteln kann man nicht die Ursachen dieser Entwicklung beseitigen. Da sind große gesellschaftliche Anstrengungen nötig. Ich habe aber so meine Zweifel, ob wir als Gesellschaft diese Kraft überhaupt haben.

Vor dem G-8-Gipfel Anfang Juni in Heiligendamm wachsen bei Verfassungsschützern die Sorgen vor gewalttätigen Demonstrationen. Sind die Globalisierungsgegner noch so stark und so militant, dass man internationale Politik-Treffen nur noch in durch hohe Zäune weiträumig abgeriegelten Gebäuden abhalten kann?

Dieser Gipfel ist natürlich schon im Vorfeld ein Anlass zum Protest. Aber man muss da unterscheiden zwischen den Leuten, die auf ihre Sorgen und ihre Kritik an den Folgen der Globalisierung aufmerksam machen wollen und denen, die diese oft berechtigte Kritik nur zum Anlass für gewalttätige Aktionen nehmen wollen. Da beobachten wir, dass in der Tat der Linksextremismus hierzulande derzeit wieder erstarkt. Also ist dieser G-8-Gipfel ein ganz wichtiges Ereignis mit einer solchen Dimension, dass man künftig mehr darüber nachdenken sollte, wo man diese Treffen stattfinden lassen kann, wo man sie am besten schützen kann. Dieser gewaltige Aufwand kostet um die hundert Millionen Euro, die Zahl der Polizisten, die eingesetzt werden müssen, wird wohl weit höher sein als die zunächst geschätzten Zehntausend. Aktionen und Anschläge, die es ja bereits schon im Vorfeld gegen den Gipfel

gegeben hat, machen weitere Schutzmaßnahmen nötig. Das betrifft nicht nur den Ort Heiligendamm, es finden ja auch viele vorbereitende Treffen in Berlin oder Potsdam statt, in Mecklenburg-Vorpommern sind sämtliche Hotels besetzt mit Regierungsdelegationen, Mitarbeitern und Tausenden von Journalisten aus aller Welt. All das muss geschützt werden. Und natürlich auch aus Steuergeldern bezahlt werden.

Wo können denn die Treffen der Mächtigen der Welt dann unter vertretbaren Bedingungen noch stattfinden?

Am einfachsten wären für uns natürlich Inseln zu schützen. Aber es gibt auch noch andere ganz gut zu schützende Orte, wo der Sicherheitsaspekt Vorrang vor dem Ambiente haben kann.

Das Gespräch führte Dietrich Eickmeyer. Das Interview erschien in der "Kurier am Sonntag"-Ausgabe vom 28. Januar 2007.

„Gib her, ich stech ihn“



IBRAHIM EL H., 14

Der Palästinenser, genannt „schrecklicher Ali“, terrorisierte seinen Berliner Kiez. Er muss jetzt für fast fünf Jahre ins Gefängnis.

- Der Anführer der Bande Killer-Boys ist wohl ein Intensivtäter.
- Ihm werden 70 Straftaten in nur sechs Monaten zur Last gelegt, darunter schwere Raubüberfälle.



NIDAL R., 24

Berlins bekanntester Serientäter – die Medien gaben ihm als Jugendlichen den Namen „Mahmoud“ – ist derzeit auf der Flucht.

- Sein erstes Verbrechen datierte der Libanese auf den Sommer.
- Er soll über 100 Straftaten auf dem Konto haben, darunter Mordversuche, Verletzung, Beleidigung und Diebstahl.

Jugendliche aus Einwandererfamilien dominieren die Gewaltstatistik. Ihnen drohen selten harte Strafen



BILAL Ö., 18

Der Heranwachsende stach einem 24-jährigen Busfahrgast aus nichtigem Anlass ein Messer in die Brust.

- Der in Berlin geborene Türke ist laut Staatsanwaltschaft nicht als Intensivtäter registriert.
- Ö. sitzt in Untersuchungshaft, die Mordkommission ermittelt.

KRIMINELLE JUGENDLICHE



60 PROZENT der Jugendgewalt in Berlin gingen 2006 auf das Konto von Migranten

Bilal Ö. stach einfach zu. Dem 18-Jährigen passte nicht, dass Maik W. im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick an einer Bushaltestelle einen Freund grüßen wollte und deshalb kurz die Tür des Busses öffnete. Der in Berlin geborene Türke Ö. rammte Maik W., 25, ein Messer in die Brust. Der überlebte die Attacke schwer verletzt.

Wie niedrig offenbar die Aggressionsschwelle bei vielen jungen Migranten ist, zeigt auch die Bluttat, für die sich in Kürze Firat B. und Yücel Y. wegen Totschlags verantworten müssen. Die zur Tatzeit 17 und 18 Jahre alten Deutschtürken waren im Oktober 2006 im Berliner Multikulti-Stadtteil Kreuzberg mit zwei 48-jährigen Deutschen in Streit geraten – wegen einer Zigarette. Nach den Ermittlungen entriss Firat B. mit den Worten „Gib her, ich stech ihn“ seinem Kumpel die Waffe und rammte sie einem der Männer in den Hals. Das Opfer verblutete.

Obwohl viele solcher Fälle auf Anweisung von Polizeiführung und Innensenat gar nicht publik werden, muss inzwischen auch der rot-rote Senat zugeben, was ohnehin nicht mehr zu verheimlichen ist: Die Gewalt von Jugendlichen mit Migrationshintergrund schwillt in Berlin dramatisch an. Während die Kriminalität deutscher Jugendlicher seit 2005 zurückgeht, ▶

BERLIN

- *Mitte
- **Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg



OST-WEST-GEFÄLLE
Besonders hoch ist der Anteil jugendlicher Täter nicht deutscher Herkunft im Westteil Berlins. Der Osten senkt die Quote für ganz Berlin auf „nur“ 59,1 Prozent



TODESFAHRT

Auf der Flucht vor der Polizei tötete Serientäter Levent U. mit seinem E-Klasse-Mercedes einen anderen Autofahrer

ABTRANSPORT

Levent U. flüchtete vom Unfallort. Am nächsten Morgen stellte sich der 25-Jährige der Polizei



klettern die Gesamtzahlen nach Angaben von Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) um sieben Prozent – wegen des Anstiegs bei den Migrationsjugendlichen. Von 3450 minderjährigen Tatverdächtigen waren 2040 Ausländer oder nicht deutscher Herkunft. Offiziell stellt Körting die Zahlen noch in diesem Monat vor.

Vor allem bei den 600 „Intensivtätern“, die mehr als neun schwere Straftaten begangen haben, und den 1200 „Schwellentätern“ (fünf bis neun Verbrechen) liegt der Anteil von Türken und Arabern mit oder ohne deutschen Pass in westlichen Bezirken zum Teil über 80 Prozent. Sie rauben, prügeln, vergewaltigen, handeln mit Drogen.

Erschreckend auch: Die gewaltbereiten Kids gehen immer brutaler vor. In 962 Fällen setzten sie von Januar bis September 2006 in der Hauptstadt Waffen ein – ein Plus von 30,9 Prozent. Besonders häufig greifen die Täter bei Raubüberfällen zu Schlagringen oder Baseballschlägern (plus 110 Prozent) und bei Körperverletzungen zu Messern (plus 72 Prozent).

Die Jugendgewalt nimmt nicht nur in Berlin bedrohliche Ausmaße an. Erdinc C., 17-jähriges Mitglied der Kölner Straßengang T.N.G.O.G., schlug einen Familienvater an Karneval ins Koma. Der Deutschtürke knallte den Kopf von Waldemar W. gegen den Windschutz einer Telefonsäule und trat mehrfach zu. 50 Euro erbeutete der Sportboxer bei dem Überfall. Bei der Polizei ist Erdinc C. kein Unbekannter: Auf sein Konto geht eine ganze Serie von Straftaten.

Republikweit steigt die Rate brutaler Exzesse im Migrantenumfeld. In Köln führt die Polizei 107 Intensivtäter unter 18 Jahren – von denen 70 Prozent aus Einwandererfamilien kommen. In München sind 81 junge Serienkriminelle registriert, 51 von ihnen weisen einen Migrationshintergrund auf. In Frankfurt stammte 2005 fast die Hälfte aller jungen Verdächtigen aus dem Ausland. Tatverdächtige Migranten mit deutschem Pass werden dort nicht gesondert erfasst.

Düstere Prognose. Innensenator Körting sieht Berlin als Trendsetter: „Die Entwicklung, die wir jetzt haben, wird es in drei bis fünf Jahren auch in anderen Städten geben.“ Die Fakten ehrlich zu benennen sei der erste Ansatz, um Maßnahmen zu ergreifen.

Das Fass zum Überlaufen brachten 15 türkische und arabische Jugendliche, die im Januar bei einem Schulfest im Berlin-Lichtenrade mit Eisenstangen einen Polizisten in Zivil krankenhauserreif prügeln. Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD), erst seit drei Monaten im Amt, reagierte: Jeder Intensiv- und Schwellentäter bekommt nun einen Staatsanwalt zugeordnet, der ihn betreut, seinen Lebenslauf und seine kriminelle Karriere kennt und dem Jugendrichter über ihn detailliertere Angaben machen kann. „Ziel ist es, durch solche Maßnahmen die Täter schneller zu bestrafen“, sagt die Sozialdemokratin. In München kümmert sich die polizeiliche Arbeitsgruppe Proper (Projekt personenbezogene Ermittlungen und Recherchen) um die acht- bis 17-jährigen Täter.

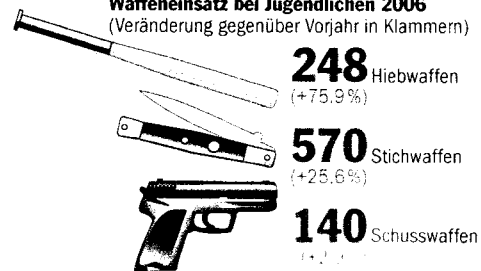
Viele Intensivtäter aus Einwandererfamilien blicken auf beachtliche Karrieren zurück. Angefangen haben einige schon mit zwölf Jahren, inzwischen kommen sie auf 60 bis 100 registrierte Straftaten, begangen innerhalb von zehn oder 15 Jahren.

Zum Beispiel der 24-jährige Libanese Nidal R. Er floh Mitte Februar aus einer Berliner Polizeiwache, als Beamte den auf Bewährung Freigelassenen wegen einer neuen Straftat festsetzen wollten. Oder der 25-jährige Türke Levent U., der etwa 200 Straftaten vorweist. Auf der Flucht vor der Polizei raste der Junggangster mit seinem Wagen vor zwei Wochen in ein anderes Auto. Deswegen 35-jähriger Fahrer war sofort tot.

Die extremen Zuwächse in der Polizeistatistik spiegeln allerdings nicht die ganze Wahrheit wider. „Wenn von einem Täter 90 Straftaten registriert sind, kann man davon ausgehen, dass

JUGENDLICHE IMMER BRUTALER

Waffeneinsatz bei Jugendlichen 2006
(Veränderung gegenüber Vorjahr in Klammern)



AGGRESSIV Berlins Opfer wurden im ersten Dreivierteljahr häufiger mit Waffen verletzt

Quelle: Landeskriminalamt



ARABER-GANG Intensivtäter Aslan (Mitte) posiert mit seinen Kumpels stolz fürs Foto. Sein Revier ist der Berliner Wedding



INS KOMA GEPRÜGELT Der 17-jährige Türke Erdinc C. schlug den wehrlosen Waldemar W. im Beisein von dessen vier Kindern halb tot

er bis zu 1000 begangen hat", schätzt ein Berliner Ermittler.

Die Richter verhängen nach Ansicht von Experten allzu oft lasche Strafen – Sozialdienste oder häufig Bewährungsstrafen. „In Deutschland kann man eine jahrelange kriminelle Karriere aufbauen, ohne dass es zu Sanktionen kommt“, schimpft Eberhard Schönberg, Chef der Berliner Gewerkschaft der Polizei.

Bei der Berliner Polizei kursiert eine ganz einfache Rechnung. 70 Prozent aller Jugendstraftaten lasten die Beamten knapp einem Viertel ihrer jugendlichen Kunden an. Wenn diese hinter Gitter kämen, wäre die Hauptstadt um ein Vielfaches sicherer, so das Fazit. Das feinfühliges Auftreten der Justiz gehe dagegen voll nach hinten los. „Die Hardcore-Klientel feiert Bewährungsstrafen als Freispruch“, meint Rolf Kaßauer, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter in Berlin.

Inzwischen deutet sich ein Sinneswandel ab. Immer mehr Juristen kritisieren das täterorientierte Jugendstrafrecht. „Bei diesen Kalibern gibt es mit 16 nichts mehr zu erziehen“, moniert Kirsten Heisig, Jugendrichterin am Amtsgericht Berlin-Tiergarten. Auch ihre für Neukölln zuständige Kollegin Antje Keune verhängt häufig Freizeitarrest – „als Vorgeschmack auf den Knast oft ein sinnvoller Warnschuss“. Den 14-jährigen „Ali“, Chef der Killer-Boys, verdonnerte sie zu vier Jahren und sieben Monaten Haft.

Eine Ausnahme: In der Jugendstrafanstalt Berlin sitzen derzeit nur zwei Verurteilte unter 16 Jahren. 41 Prozent der Gefangenen dort haben keinen deutschen Pass. Das Gros der restlichen Insassen verfügt über eine Einwandererbiografie. Derzeit ist das Gefängnis mit 634 Insassen um gut ein Viertel überbelegt. „Es fehlen 200 Arbeitsplätze, um die Inhaftierten sinnvoll zu beschäftigen“, klagt Anstaltsleiter Marius Fiedler.

Beinahe machtlos agiert die Justiz bei Tätern unter 14 Jahren, die laut Gesetz straffrei davonkommen. Nur einen Schulverweis kassierte ein 13-jähriger Türke, der an einer Nürnberger Hauptschule als Krawallmacher aufgefallen war. Nach einer Diskussion über Gewalt an der Schule hatte der Unruhestifter seine türkischen Mitschüler zur Randalie aufgehetzt. Als Polizisten ihn gefesselt in einen Streifenwagen verfrachteten, stürzte sich ein Dutzend Kumpels auf das Auto und befreite ihn. Jöhrend schlugen sie einen Beamten zusammen. „Bullenschwein, Bullenschwein“, hallte es über den Pausenhof.

Angesichts solcher Übergriffe hält der Berliner Oberstaatsanwalt Roman Reusch „Gesetzesänderungen für dringend notwendig“. Reusch ist Leiter der Spezialabteilung 47 für jugendliche Intensivtäter. „Solche Kriminellen sollte man nicht einbürgern müssen. Im Gegenteil: Man müsste sie ausweisen können, was heute aber in sehr vielen Fällen auf Grund der Gesetzeslage nicht geht.“ Viele der jungen Intensivtäter, soweit sie noch ausländische Staatsbürger seien, genossen gesetzlichen Ausweisungsschutz, so Reusch. „Jeder außer Landes geschaffte Verbrecher bringt Entlastung für den Kiez, in dem er lebt, für die Sozialkassen, von denen er zumeist lebt, für diejenigen, die ansonsten seine Opfer geworden wären, und auch für den Verfolgungsapparat.“

Ähnlich denkt Berlins CDU-Generalsekretär Frank Henkel: „Jeder kriminelle Ausländer, der zu wenigstens einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, sollte sofort ausgewiesen werden.“ Angesichts der geringen Haftstrafen bei schweren Straftaten sei es unverständlich, „dass eine erzwungene Ausreise an eine Haftstrafe von drei Jahren gekoppelt ist“.

Berlins Justizsenatorin Gisela von der Aue hält dagegen nichts von Gesetzesverschärfungen. „Es nützt wenig, die Gesetzesmaschinerie immer wieder anzuwerfen.“ Die SPD-Politikerin will sich viel früher um die Jugendlichen kümmern, nämlich in der Schule. In den meisten Fällen ist das Bildungsniveau der Jungganoven stark unterdurchschnittlich. Nach einer Studie ►

„Wir gelangen zunehmend zu der Erkenntnis, dass wir bei Wiederholungstätern mit der Bewährungsstrafe nicht weiterkommen“

Gisela von der Aue (SPD)
Berliner Justizsenatorin





VORLÄUFIGE ENDSTATION In der Berliner Jugendstrafanstalt sitzen 634 Häftlinge, 41 Prozent sind Ausländer, darunter 50 Türken

der Berliner Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, für die Ermittlungsakten von 264 Intensivtätern durchforstet wurden, fehlt 85 Prozent der Hauptschulabschluss, ein Drittel hat selbst die neunte Klasse nicht absolviert, nur jeder zehnte schaffte eine berufliche Qualifizierung. Knapp die Hälfte fiel in der Schule durch aggressives Verhalten auf.

Angesichts der Misere plädiert mittlerweile auch die liberal gesinnte Justizsenatorin von der Aue für eine härtere Gangart der Gerichte in extremen Fällen: „Wir gelangen zunehmend zu der Erkenntnis, dass wir bei Wiederholungstätern mit der Bewährungsstrafe nicht weiterkommen. Diese Täter müssen wir aus der normalen Gesellschaft herausziehen und in der Strafhafte soziale Defizite korrigieren.“

Hehre Absichten – die Realität sieht anders aus. Im Februar umstellten rund 20 Mitglieder der Gang Arabian Ghetto-Boys im Wedding einen deutschen Jugendlichen. Sie nahmen ihm das Handy ab. Das Opfer ging zur Polizei, obgleich die Räuber ihm für diesen Fall Ärger angedroht hatten. Die Polizei kassierte die Täter zwar ein, musste sie aber kurz darauf wieder gehen lassen, weil die Staatsanwaltschaft keine Haftbefehle beantragen wollte. Seither fürchtet der junge Mann ein Wiedersehen mit der Bande. ■

A. DESSELBERGER/A. FUHRER/F. HAUKE-
STELLER/U. PLEWNIA/H. REINKE-NOBBE/
M. WISNIEWSKI/T. VAN ZÜHPEN

► www.focus.de/jugendkriminalitat

INTERVIEW

„Mafia der Gutmenschen“

Der frühere Quartiersmanager Gilles Duhem aus dem Berliner Stadtteil Neukölln fordert eine härtere Gangart gegen kriminelle Jugendliche.

Focus: Sie haben jahrelang ausländische Problemjugendliche betreut und fordern einen schärferen Ton sowie härtere Strafen für junge Kriminelle. Warum?

Duhem: Im Umgang mit solchen Kids regiert eine Mafia der Gutmenschen. Es herrscht eine Diktatur der Betonköpfe. Man will die Probleme nicht sehen und weigert sich, Methoden anzuwenden, mit denen wir dem Problem beikommen könnten.

Focus: Inwiefern?

Duhem: Beispiel Justiz. Selbst brutalste Serientäter kommen immer wieder mit geradezu absurden Bewährungsurteilen davon. Araber, Türken, Ex-Jugoslawen oder Aussiedler aus Russland, die mit einem völlig anderen Rechtsverständnis aufwachsen, sehen sie als Freisprüche an. Sie verstehen den Sinn solcher Bewährungsurteile überhaupt nicht.

Focus: Dahinter steckt der Gedanke, diese Jugendlichen so zu erziehen, dass sie normale Mitglieder der Gesellschaft werden.

Duhem: Der Erziehungsgedanke, den die Richter so stark in den Vordergrund stellen, läuft völlig ins Leere, wie die beeindruckenden Karrieren der Intensivtäter zeigen. Die kommen aus dem Gerichtssaal und begehen am folgenden Tag ihre nächste Straftat. Den Richtern aus der

Generation der Achtundsechziger ist offensichtlich das Schicksal dieser Serienverbrecher wichtiger als das der Bürger auf der Straße. Damit versagt der Staat bei der Aufgabe, seine Bürger vor Gewalt und Verbrechen zu schützen.

Focus: Welchen Einfluss hat das familiäre Umfeld?

Duhem: Diese Jungs wachsen in einem archaisch geprägten Umfeld auf. Der Vater herrscht über die Familie, er verprügelt die Kinder, verheiratet sie. Unisono reden Vater und Mutter ihnen ein, dass deutsche Frauen Schlampe sind und ihre eigenen Frauen weniger wert seien als sie selbst. Wenn sie dann auch noch in kriminelle Kreise geraten, ist eine steile Verbrecherkarriere nur eine Frage der Zeit. Die Eltern kümmern sich nicht um ihre Kinder in einer Form, die wir in der westlichen Welt Erziehung nennen. Es interessiert sie nicht, was sie in der Freizeit machen, ob sie zur Schule gehen. Wichtig ist, dass die Familienehre nicht verletzt wird.

Focus: Was kann man tun?

Duhem: Man muss sie aus dieser Umwelt rausholen, in geschlossene Internate bringen, wo sie „stationär“ erst mal auf die hiesige Welt vorbereitet werden. Dann muss man ihnen die Möglichkeit geben zu lernen. ■

INTERVIEW: ARMIN FUHRER

UNBEQUEM

- Der Franzose Gilles Duhem, 39, war als Quartiersmanager bis Ende 2006 im Berliner Rollbergviertel für die Jugendlichen ein Ansprechpartner. Problemkids half er etwa bei der Arbeitssuche.
- Nach einem Streit über die richtige Strategie gegen Jugendgewalt erhielt er seine Kündigung.

